

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

13.8.1925 (No. 185)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14.
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. B.
E. K. Seyfried
Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. — Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipierte Anzeigen sind Bezahlung und Kontokorrentverrechnung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Zirkulant keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Zuschriften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Antizipierte Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Deutscher Reichstag Vertagung auf November

Der Reichstag hat am Mittwoch die **Vollvorlage in dritter Lesung angenommen** und ist in die Sommerferien gegangen. Vorher wurden noch eine Reihe von **Handelsverträgen** genehmigt und ebenso das **Amnestiegesetz**. Der Reichstag will erst im November wieder zusammentreten, also eine vierteljährige Pause machen.

W.B. Berlin, 12. Aug.

Nach der (bereits gemeldeten) Annahme der **Vollvorlage in 3. Lesung** kehren Sozialdemokraten und Kommunisten in den Saal zurück.

Ohne Debatte wurde dann der **deutsch-schwedische** und der **deutsch-dänische** Schiedsgerichtsvertrag, das **deutsch-griechische** Handelsabkommen, das **deutsch-norwegische** Zollabkommen und der **Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrag** zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika in zweiter und dritter Lesung **endgültig angenommen**.

Es folgt die zweite Beratung des vorläufigen **Handelsabkommens** zwischen Deutschland und der **belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion**.

Der Ausschuss empfiehlt dazu eine **Entschließung**, die die Reichsregierung zu ersuchen, bei der belgischen Regierung nochmals im Verhandlungswege Befreiung aller für Deutsche in der belgischen Kolonie und in den von Belgien in Afrika verwalteten Gebieten bestehenden Diskriminierungen einzutreten.

Abg. Frau Sender (S) spricht die Hoffnung aus, daß der neue Vertrag in den Dienst dauernder freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Nachbarländern gestellt werde.

Abg. Dr. Schnee (DVP) protestiert scharf gegen die Ausnahmebehandlung, die den Deutschen in den belgischen Kolonien zu teil werde.

Abg. Dr. Rosenfeld (R) erklärt, seine Freunde würden trotz ernsten Bedenken dem Vertrage zustimmen.

Abg. von Graefe (Völk.) hält es für unerträglich mit der deutschen Ehre, einem Vertrag zuzustimmen, der die herrenlose Behandlung der Deutschen in übersee weiterzuläßt. Eigenartig sei die Haltung der Deutschnationalen, die Dr. Stresemann Gefolgschaft leisten. Die gegenwärtige Regierung setze den deutschen Volk in Schande.

Präsident Lohse ruft den Abg. von Graefe zur Ordnung wegen des gegen die Regierung gerichteten Vorwurfs.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann weist die Anschuldigungen des Abg. v. Graefe zurück. Die deutschen Unterhändler ließen sich bei den Vertragsverhandlungen ebenso von dem Gesichtspunkt der deutschen Ehre leiten wie Herr v. Graefe. Die Ausnahme von Bestimmungen über die Behandlung Deutscher in den belgischen Kolonien sei von der belgischen Delegation abgelehnt worden, weil das ihre Befugnis überschreite.

Es handle sich bei den Abmachungen auch nur um ein Provisorium um zwei Jahre. Hier handelt es sich darum, daß wir schrittweise die Diskriminierungen abbauen, denen wir seit dem Weltkrieg noch seitens vieler Länder ausgesetzt waren. Wenn wir mit anderen Ländern in Vertragsbeziehungen kommen, so ist das der beste Weg, um unser deutsches Volk wieder vorwärts kommen zu lassen. Das würde uns nie gelingen, wenn jetzt mit solchen Redensarten einfach alle Verträge abgelehnt würden. Es ist auch nicht so, als wenn den Deutschen jede Niederlassung in Belgisch-Kongo verboten wäre. In Streitfällen finden zwischen beiden Regierungen Verhandlungen statt (Zuruf des Abg. Graefe). Wenn es einmal eine Ara von Graefe in der deutschen Außenpolitik gäbe, dann glaube ich nicht, daß sie Erfolge mit solchen Redensarten erzielen könnte (Beifall bei der Mehrheit).

Gegen die belgische Verwaltung des Kongo-Gebietes und in einem Teil von Deutsch-Ostafrika haben wir Protest beim Völkerbund eingeleitet. Wir werden immer vor der Welt unseren Anspruch auf Kolonialmandate betonen. Wir haben ihn auch zur Voraussetzung des Eintritts in den Völkerbund gemacht (Beifall bei der Mehrheit).

Abg. Dr. Bell (Zentrum) weist gleichfalls die Ausführungen des Abg. Graefe scharf zurück, denn dem deutschen Ansehen in der Welt werde nicht damit gedient, wenn das Ausland in den Irrglauben versetzt werde, daß im Reichstag nur ein verschwindend kleiner Teil der Abgeordneten das Ziel der Wahrung von Ehre und Würde habe.

Der Vertrag wird in zweiter und dritter Lesung **gegen die Stimmen der Völkischen endgültig angenommen**.

Es folgt die zweite Beratung des **deutsch-englischen Handels- und Schiffsabkommens**.

Abg. von Reventlow (Völk.) bekämpft den Vertrag. Besonders müsse man auch in diesem Falle wieder Anstoß nehmen an der Behandlung der Deutschen in den englischen Kolonien. Aber den Begriff der Ehre mit dem Außenminister zu streifen, sei unzulässig.

Abg. Dr. Schnee (DVP) hält den Vertrag in seinem ersten Teil auch bezüglich der Gleichberechtigung für durchaus annehmbar. Unerfreulich sei aber der Artikel 31 des Abkommens, der besagt, daß die Vertragsbestimmungen auf Dominien, Kolonien und Mandatsgebiete keine Anwendung finden, es sei denn, daß von englischer Seite dieser Wunsch ausgedrückt werde. Das liege im Rahmen des gegenwärtigen Vertrags, lasse sich aber nicht ändern, weil die Dominien selbstständig Handelsverträge schließen können. Protestieren müsse man bei dieser Gelegenheit gegen eine englische Äußerung, daß das ehemalige deutsche Kolonialgebiet am Tanganyikasee England einverleibt werden solle. England habe nur das Mandatsrecht über die Kolonien.

Abg. Stöcker (Kom.) lehnt den Vertrag ab, nur schwebend die Weisheitsbegünstigung enthalte.

Präsident Lohse kommt auf die gegen den Außenminister gerichteten Äußerungen des Abg. Grafen Reventlow (Völk.) zurück und erklärt: Ich hätte erwartet, daß ein gebildeter Mann keine derartigen Äußerungen tun würde und rufe den Abg. Grafen Reventlow zur Ordnung.

In der Abstimmung wird der deutsch-englische Handelsvertrag in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der Völkischen und Kommunisten **endgültig angenommen**.

Annahme findet auch eine Entschließung des auswärtigen Ausschusses die die Reichsregierung ersucht, mit der belgischen Regierung nochmals in Verhandlungen wegen Befreiung aller für Deutsche in der belgischen Kolonie bestehenden Diskriminierungen einzutreten.

Das Haus wendet sich dann der **zweiten Beratung des Amnestiegesetzes** zu.

Abg. Landsberg (S) betont, von dem vorliegenden Amnestiegesetz würden in erster Linie diejenigen Vorteile haben, die gegen den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert verläumdende Anwürfe gerichtet haben und die Haupttäter des Rappaportschusses, darunter der flüchtige Korvettenkapitän Ehardt. Die Sozialdemokraten würden dennoch der Vorlage zustimmen; sie würden auch die im Ausschuss abgelehnten Anträge nicht wiederholen, aber sie seien mit der Vorlage nicht zufrieden und möchten den Reichsjustizminister dringender bitten, seinen Widerstand gegen die Niederschlagung geringer Zuchthausstrafen aufzugeben.

Abg. Stöcker (Kom.) bezeichnet die Vorlage als eine völlig einseitige tendenziöse Teilamnestie der Sünder von Rechts.

Abg. Brodau (Dem.) erklärt, seine Freunde würden der Vorlage zustimmen, aber sie könnten große Bedenken nicht unterdrücken. Das vorliegende Amnestiegesetz werde keine Befreiung im Innern schaffen, denn es begünstige die Sünder von rechts. Angehörige der bekannten Rechtsprechung bei politischen Vergehen wäre es notwendig gewesen, die in solchen Fällen verhängten kleineren Zuchthausstrafen mit zu amnestieren, wenn man nicht in der Hauptsache nur die Hochverräter von rechts amnestieren wolle.

Abg. Dietrich-Franken (Völk.) verurteilt die lange Verzögerung der Amnestievorlage. Es handle sich hier nicht um einen Gnadenakt, sondern um die Erfüllung einer selbstverständlichen Pflicht. Die jegliche vom Volke als Hindenburg-Amnestie bezeichnete Amnestie komme verspätet und sei zu spät. Der unheilvolle Einfluß der bayerischen Volkspartei habe eine Ausdehnung der Amnestie auch auf Hitler verhindert. Die wegen des sogenannten Stierkopfschusses Verurteilten hätten doch mehr oder weniger im Einverständnis mit der damaligen bayerischen Volkspartei gehandelt.

Unter Anlehnung der Änderungsanträge wird die Vorlage in zweiter Lesung **angenommen**.

In der dritten Beratung gibt für die sozialdemokratische Fraktion Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) eine Erklärung ab, in der noch einmal die sozialdemokratischen Bedenken gegen die Vorlage zusammengefaßt werden und in der es zum Schluß heißt: Nur um nicht den politischen Gefangenen die Freiheit vorzuenthalten, werden wir trotz unserer schweren Bedenken schließlich für das Amnestiegesetz stimmen, zumal sein Zustandekommen wesentlich von unserer Zustimmung abhängig gemacht ist. Wir werden aber weiter bemüht bleiben, ein wirklich umfassendes gegen rechts und links gleichmäßig wirkendes Amnestiegesetz zu schaffen.

Abg. Stöcker (Kom.) erklärt, die Kommunisten würden dem Gesetz nur zustimmen, weil sonst die Amnestie überhaupt abgelehnt wäre.

Die Amnestievorlage wird darauf **einstimmig angenommen**. Dazu werden zwei Entschließungen angenommen, deren eine sich auf die Amnestierung von Disziplinarstrafen bezieht, während die andere den Wunsch ausdrückt, daß die Länder in ihren Amnestien, die aus den Verhältnissen der Inflationzeit erwachsenen Notbedürfnisse berücksichtigen mögen.

Ohne Debatte wird dann **endgültig der Antrag der Regierungsparteien angenommen**, wonach die Regierung einen **Gesetzentwurf zur Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums** und der **steuerfreien Abzüge** vorlegen soll, wenn das Einkommen aus der Lohnsteuer in dem Halbjahr vom 1. Oktober 1925 bis 31. März 1926 600 Millionen Mark übersteigt.

Weiter angenommen wurde eine **Entschließung**, die die Reichsregierung ersucht, die nach den früheren Grundsätzen angenommenen und geprüften, aber infolge Meeresdienstes erst nach dem 31. März 1920 planmäßig angestellten Sekretäre noch zur Sonderprüfung für die Besoldungsgruppe VII zuzulassen. Darauf wurde die Sitzung abgebrochen.

Zur Erledigung einiger Angelegenheiten findet 10 Minuten später noch eine Sitzung statt.

In der neuen Sitzung wird ohne wesentliche Debatte angenommen, das vorläufige **deutsch-französische Saarabkommen**, die **Luftverkehrsverträge** mit Österreich und Schweden. Der **endgültigen Verabschiedung** des Antrags, der die den **Reinrentner** gewährten **Unterstützungsbeihilfen** auch den **Sozialrentnern** gewähren will, widerspricht Abg. Effer (Z.) unter dem Hinweis auf den vom Reichstag dagegen erhobenen Einspruch.

Die Abgeordneten Karsten (S.), Dittmann (S.) und Hädel (R.) wenden sich lebhaft gegen diesen Einspruch. Damit werde ein vom Reichstag schon gefaßter Beschluß praktisch unwirksam gemacht und den Armisten der Armen das von der Reichstagsmehrheit gegebene Wort gebrochen.

Die **namentliche Abstimmung** wird darauf mit 271 gegen 77 Stimmen bei 24 Enthaltungen der **Einspruch des Reichsrates** zurückgewiesen und der **Reichstagsbeschluß** über die **Gleichstellung der Sozialrentner** mit den **Reinrentnern** **aufrecht erhalten**. Das Gesetz ist also mit der für Verfassungsänderungen erforderlichen **2/3 Mehrheit** bestätigt.

Präsident Lohse: Mit dieser namentlichen Abstimmung ist die Tagesordnung der Sitzung erledigt. Am Einverständnis mit dem **Ministerpräsidenten** bitte ich um die Ermächtigung, die nächste Sitzung einzuberufen zu können, mit der Maßgabe, daß sie, wenn nicht außerordentliche Umstände eintreten, **Mitte November** stattfinden. (Die Ermächtigung wird erteilt). Ich danke den Angestellten, Beamten und Arbeitern des Reichstags für die ungewöhnlich starke Arbeitslast die sie in den letzten Wochen und Monaten zu bewältigen hatten (Beifall), und wünsche Ihnen gute Erholung.

Schluß der Sitzung 16 Uhr.

Das Ergebnis der Londoner Aussprache

Das Ergebnis der Besprechungen zwischen **Chamberlain** und **Briand** in der **Sicherheitsfrage** ist, wie in London bekanntgegeben wird, folgendes:

Die **französische Regierung** wird im Verlauf der nächsten Woche **Deutschland** die in London vereinbarte **Note** überreichen. Die Note bezweckt die **Eröffnung mündlicher Verhandlungen** mit der deutschen Regierung und wird eine **Ausforderung** hierzu enthalten, ohne jedoch **Zeit und Ort** vorzuschlagen. Die Note soll eine **höfliche Zurückweisung** in der deutschen Note enthaltenen Punkte aussprechen und auf die **Notwendigkeit** des **Eintritts Deutschlands** in den **Völkerbund als Voraussetzung** für das **Inkrafttreten des Paktes** verweisen. Die Zurückweisung der von deutscher Seite angeregten Bedingungen für den Eintritt werden die **Alliierten** dem **Völkerbund** selbst überlassen. Durch die **austrädische Feststellung**, daß der **Pakt keine Änderung des Friedensvertrags** bedeuten soll, wird der **Gedanke** abgelehnt, daß eine **Änderung der Regelung** im **bestehenden Gebiet** vorgenommen werden kann. An **amtlicher Londoner Stelle** wird bestätigt, daß die **Einigung** lediglich über den **Westpakt** zustande kam, während die **östlichen Fragen** zwischen **Briand** und **Chamberlain** nicht in gleicher Weise **endgültig klargestellt** seien. Die **Regelung** im **Besten** ist **folgendermaßen** gedacht:

Der **Friede** soll durch die **Schiedsverträge** der am **Rhein** interessierten und im **Völkerbund** vereinigten Nationen **gewahrt** werden. **Briand** democh ein **Konflikt** aus, so soll **stets der Völkerbundsrat** angerufen werden, um zu **entscheiden**, wer im **Unrecht** ist. **Verletzt** jedoch eine **Vertragspartei** die **garantierten Grenzen** in **offensichtlich flagranten Weise**, dann sind die **übrigen Unterzeichner** des **Paktes** verpflichtet, **schon vor der Entscheidung** des **Völkerbundes**, die **gegebenenfalls langwierig** ist, dem **Überfallenen** zu **Hilfe** zu **kommen**, **gleichviel ob Deutschland** oder **Frankreich** der **Angreifer** ist. **Jeder Unterzeichner** entscheidet **selbst**, ob ein **solcher flagranter Fall** vorliegt. **Chamberlain** hat sich **nicht** von **vornherein festlegen** lassen, was **unter allen Umständen** als **flagrante Verletzung** zu **bezeichnen** sei; er **behält** sich **also freie Hand** vor. **Anders** ist der **Grundsatz**, daß **keine Aktion** ohne **Autorisierung** durch die **Schiedsinstanz** zulässig sei, für **alle** nach **menschlichem Ermessen** **normalen Fälle**, also **nur** mit **Ausnahme** der **flagranten Verletzungen**, wo **Frankreich** **akzeptiert** werden, und **jede Nation**, die **ihre** **Nachbarn** ohne **Schiedspruch** **überfällt**, **setzt** sich **der Gefahr** aus, der **Feind** der **Paktgenossen** zu **sein**.

Offen bleibt die **schwierige Frage**, wie diese **Regelung**, wenn man sie auf die **östlichen Verträge** **entsprechend** **überträgt**, und **Frankreich** **dabei** **mitwirken** **ließe**, **aussehen** **wird**, und **wie** **sie** **vom** **deutschen Standpunkt** **aus** **zu** **beurteilen** **ist**.

W.B. London, 13. Aug. „Times“ berichtet: Die **Note** an **Deutschland** über die **Sicherheitsfrage**, über die **jetzt** **Über-** **einstimmung** **erzielt** **worden** **ist**, **wird** **von** **der** **französischen** **Regierung** **den** **Regierungen** **Belgiens** **und** **Italiens** **mitgeteilt** **werden** **und** **wahrscheinlich** **am** **1. September** **nach** **Überreichung** **an** **die** **deutsche** **Regierung** **veröffentlicht** **werden**. **Es** **verlautet**, **daß** **der** **Ton** **der** **Note** **sehr** **versöhnlich** **ist** **und** **daß** **sie** **vor** **allem** **betont**, **daß** **nach** **Ansicht** **sowohl** **der** **britischen** **als** **auch** **der** **französischen** **Regierung** **der** **geplante** **Pakt** **in** **jeder** **Hinsicht** **zweifelhaft** **sein** **muß**. **Der** **Punkt** **ist**, **Be-** **sprechungen** **mit** **Deutschland** **zu** **frühesten** **Zeitpunkt** **möglich** **zu** **machen**. **Wenn** **alles** **gut** **geht**, **besteht** **die** **Möglichkeit**, **daß** **präliminare** **Besprechungen** **mit** **Deutschland** **vor** **Ende** **dieses** **Monats**, **d. i.** **vor** **der** **Jahresversammlung** **des** **Völkerbundes** **stattfinden**.

Räumung der Sanktionsstädte am 25. August. **Wie** **aus** **Paris** **gebrachert** **wird**, **bringt** **„Matin“** **die** **Nachricht** **aus** **Wies-** **baden**, **daß** **Düsseldorf**, **Duisburg** **und** **Muhlort** **am** **25. August** **vollkommen** **geräumt** **sein** **werden**.

Die **deutschen Reparationszahlungen**. **Dem** **Bericht** **des** **Generalagenten** **für** **die** **Reparationszahlungen** **zufolge** **hat** **Deutschland** **im** **Juli** **1925** **an** **Reparationszahlungen** **Goldmark** **83** **528** **880,99** **geleistet**, **wonon** **auf** **Großbritannien** **15** **104** **782,65**, **auf** **Frankreich** **40** **241** **881,92** **und** **auf** **Belgien** **9** **388** **521,98** **Goldmark** **entfielen**. **Die** **in** **der** **Zeit** **vom** **1. Januar** **bis** **zum** **31. Juli** **1925** **von** **Deutschland** **gezahlten** **Reparationssummen** **belaufen** **sich** **insgesamt** **auf** **840** **315** **236,66** **Goldmark**.

Die **Wirtschaftslage** im **Ruhrgebiet**. **Die** **Lage** **im** **Ruhr-** **gebiet** **verschärft** **sich** **infolge** **zahlreicher** **Arbeiterentlassungen** **von** **Tag** **zu** **Tag**. **Nach** **den** **Erklärungen** **des** **Landrats** **Hanfmann** **im** **Kreistag** **von** **Hoerde** **wurde** **der** **Landkreis** **Hoerde** **durch** **die** **Jedensittlegungen** **in** **eine** **äußerst** **bedrängte** **finanzielle** **Lage** **gebracht**. **Am** **1. September** **werden** **wahrscheinlich** **höch-** **stens** **nur** **zwei** **bis** **drei** **Becken** **in** **dem** **Kreise** **in** **Betrieb** **sein**. **Von** **15** **000** **Bergleuten** **werden** **dann** **etwa** **13** **000** **bro-** **telos** **sein**. — **In** **Wodum** **laufen** **infolge** **der** **schlechten** **Wirt-** **schaftslage** **täglich** **bei** **den** **Gerichten** **über** **150** **Zahlungsbe-** **ehle** **ein**. **Auch** **die** **Zahl** **der** **Beckelagen** **erfuhr** **in** **den** **letzten** **Wochen** **eine** **außerordentliche** **Steigerung**.

Hindenburg in München

Reichspräsident von Hindenburg ist, begleitet von seinem Sohn, Major von Hindenburg, Staatssekretär Dr. Meißner und dem Bayerischen Gesandten in Berlin, von Freyer, Wittmanns mit dem fahrplanmäßigen Zuge 8.06 in München eingetroffen und durch den Ministerpräsidenten Dr. Held, den Landtagspräsidenten Königsbauer, die beiden zurzeit in Bayern weilenden Reichsminister Dr. Gehler und Dr. Eisinger, Staatsminister des Innern Stügel empfangen worden.

Zunächst stattete der Reichspräsident im Staatsministerium des Innern der Bayerischen Regierung einen Besuch ab und nahm hier die Vorstellung der Staatsminister und Staatsräte entgegen. Hierbei hielt der Bayerische Ministerpräsident Dr. Held eine Ansprache in der er den Reichspräsidenten in Bayern begrüßte. Der Ministerpräsident sprach die Überzeugung aus, daß Hindenburg ein starker, zielbewusster Führer des Reiches, ein Wahrer seiner Ehre und Förderer seiner Weltgeltung, zugleich aber auch ein treuer Schirmherr der Rechte und Interessen der Einzelstaaten sein werde. Der erfolgreichste Lehrer der Einheit, Kraft und Stärke des Reiches sei der, der es versteht, der Eigenart und dem historischen und verfassungsmäßigen Rechte der Einzelstaaten auf ein Eigenleben voll gerecht zu werden.

Der Reichspräsident erwiderte hierauf mit Dank für die Begrüßung und erklärte: Als er am 13. Mai ds. Js. in Berlin die Herren des Reichsrats empfing, habe er betont, daß er das Eigenleben der Länder für eine wichtige und wesentliche Grundlage der geistigen und wirtschaftlichen Entwicklung des Reiches ansehe und daher gewillt sei, der Eigenart der Länder und ihrer besonderen Bedürfnisse Rechnung zu tragen. Seinen Besuch in München bitte er als den Ausdruck seines aufrichtigen Willens aufzufassen, mit den Ländern auch enge persönliche Beziehungen zu unterhalten und ihre leitenden Männer in unmittelbarem Meinungsaustausch kennen zu lernen. Vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Reich und Länder sei unerlässlich, wenn wir unser Vaterland wieder emporkühren wollen.

In diesem Empfang schloß sich, ebenfalls im Gebäude des Staatsministeriums des Innern, ein Empfang des Präsidiums des Bayerischen Landtags und der Vertreter der Fraktionen an. Landtagspräsident Königsbauer begrüßte den Reichspräsidenten. Auf eine Ansprache des Landtagspräsidenten erwiderte der Reichspräsident, daß er es bei Lösung seiner Aufgabe immer als seine besondere Pflicht betrachte, die berechtigten Eigenart und das Eigenleben der Länder zu achten. In dieser Achtung vor der historischen Entwicklung und den verfassungsmäßigen Rechten der Einzelstaaten auf der einen, in dem Willen des Zusammenschlusses zur stärkelebenden Einheit auf der anderen Seite, liegen die tiefsten Quellen unserer Kraft!

Alsdann begab sich der Reichspräsident, bei der Fahrt durch die Stadt überall begeistert begrüßt, zum Reichsfinanzhof, um hier die Meldung der leitenden Beamten der Reichsbehörden in München entgegenzunehmen.

Gegen 12 Uhr begab sich der Reichspräsident in das Rathaus, wo er durch Bürgermeister und Stadtrat empfangen wurde.

Abends gab der bayerische Ministerpräsident ein Abendessen, an dem außer dem Reichspräsidenten die Herren seiner Begleitung, Reichsminister Eisinger und Gehler, ferner Nantius Bacelli, der Kardinalerzbischof Faulhaber, teilnahmen. Dem Diner folgte ein Empfang im Hause des Ministerpräsidenten, zu dem zahlreiche Einladungen an hervorragende Persönlichkeiten des Landes ergangen waren.

Der erste Tag fand seinen Ausklang in einem Zapfenstreich der Münchener Garnison, der während der Empfangs im Palais des Ministerpräsidenten stattfand. Am Schluß des Zapfenstreichs, der in die Nationalhymne ausklang, brachte Ministerpräsident Dr. Held ein dreifaches Hoch auf das deutsche Vaterland und Hindenburg aus.

Der Reichspräsident erwiderte mit Worten des Dankes für die Aufnahme, die er in Bayern gefunden habe und brachte ein begeistert aufgenommenes Hurra auf das Vaterland aus. Im weiteren Verlaufe des Abends mußte sich der Reichspräsident wiederholt auf dem Balkon des Palais zeigen.

Das Tragen politischer Abzeichen in Preußen. Das preussische Staatsministerium beschloß, im Hinblick auf die Unzulässigkeit, die sich aus dem Tragen politischer Abzeichen ergeben, den Beamten das Tragen außerdienstlicher Abzeichen jeder Art und Form während des Dienstes allgemein zu verbieten.

Die Schweizer Kunstausstellung

II.

In unserem letzten Bericht hatten wir Gelegenheit eine Anzahl von Malern und Zeichnern anzuführen, deren Kunst ein stark literarisches Element enthält, gleichviel ob es sich dabei um eine erzählende, satirische oder lyrische Note, um allegorische und mythologische Bezüge handelt. Als Gegenbeispiel sei nachträglich der Dichter Gottfried Keller genannt, der 1840 die Münchener Akademie besucht hat und auf unserer Ausstellung mit einer in der Auffassung sachlichen und kräftig, heimatlich passiv gemalten Felsenlandschaft aus jener Zeit vertreten ist. Die Reihe der poetisch eingestellten Maler und Graphiker — die ja auch im diesseitigen Oberbergsgebiet nicht selten sind — möge mit Albert Welti fortgesetzt werden, dessen Werke wie die Wälsers, Stauffer-Berns, Brühlmanns u. a. übersichtlich in einem Kabinett vereint sind. Der Eindruck, den man hier erhält, ist kein ganz einheitlicher: neben Radierungen, die eine barocke Phantasie verraten und durch malerisch verteiltes Hell und Dunkel wirken, treten seine sauber und durchsichtig gemalten Geschichten und Gleichnisse, die mitunter an Moritz von Schwind erinnern und erfreuen durch die emailleartige Klarheit und Tiefe der Farbe. Wieder andersartige Fähigkeiten enthüllen die ausgezeichneten Bildchen eines flüchtig gehaltenen Frauenkopfes und des Kindes mit rotem Kleid und Häubchen; man denkt an Leibl angelehnt so feinsinniger und sicherer Beobachtung der „Valeurs“. Von dem wenige Jahre älteren Stauffer-Bern sind Gedichte erhalten und der von Wrahn veröffentlichte Briefwechsel gewährt Einblicke in eine überaus sensible Künstlerseele — die Werke seiner Hand dagegen sind Zeugnisse eines Malers und Radierers, den lediglich die Probleme der Gestaltung beschäftigen; für uns ist diese Reihe von groß- und einfach gezeichneten Köpfen überdies von gegenständlichem Interesse, weil hier die Bildnisse von Menschen vorgeführt werden, die in dem tragischen Leben Stauffers, des Frühverstorbenen, eine Rolle gespielt haben.

Auch ein Poet unter den Malern, dem es vergönnt war, seine Ideen in die entsprechende Form zu kleiden und nach kurzer Zeit den Widerhall in den weiteren Kreisen seines Volkes zu finden, der die notwendige Folge von schöpferischen Talenten großen Stils bedeutet, ist Ferdinand Hodler (1863 bis 1918). Die Ausstellung zeigt Jugendwerke von hervor-

Verfassungsfeiern im Reich

Die Verfassungsfeier der preussischen Staatsregierung der Reichskanzler, der Reichsaussenminister und Reichstagspräsident Loebel beimohnten, fand Dienstag abend zu Berlin in der Hochschule für Politik statt. Unter der Leitung des Generalmusikdirektors v. Schilling führte das Philharmonische Orchester das Vorspiel aus den Meisterjahren auf.

Alsdann hielt Staatsminister Severing eine Ansprache, wobei er folgendes ausführte: Das Verfassungswort von Weimar hat den Weg zur Einigung des deutschen Volkes geebnet. Wenn es anfänglich wenig Widerhall fand, so lag es daran, daß die Verdrängung des deutschen Volkes durch den Versailler Vertrag so schwer auf unseren Schultern lastete, daß Mangel an herbeiziehenden Männern uns moralisch und die Inflation von 1923 uns wirtschaftlich niederhielt. Daß wir nachher so schnell wieder emporstiegen, beweist die Vorzüge der Weimarer Verfassung. Die Jahre 1919 bis 1923 haben uns bis zum Weichbluten gebracht, aber die Auswirkung des Verfassungswortes hat uns zu einem raschen Aufstieg verholfen. Daß alle deutschen Völkstämme heute geeint sind, klingt wie eine Verheißung; denn unser Volk hat noch nicht gelernt, eine Nation in sich selbst zu werden. Auch daß wir noch keinen gerechten Frieden haben, zeigt ein Blick nach dem Rheinland und nach der deutschen Grenzmark im Osten. Wir verlangen das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht für das deutsche Volk. Der in der Verfassung enthaltene soziale Gedanke muß gleichfalls zur Wirklichkeit werden. Der Redner schloß: Ich glaube an Deutschland, ich glaube an den Fleiß der deutschen Arbeiter, ich glaube an den Vorgesinn des deutschen Kaufmannes wie an die Intelligenz des deutschen Technikers und Wissenschaftlers, ich glaube an den deutschen Staatsgedanken. Ein Hoch auf das in der Verfassung verbundene ganze deutsche Volk fand begeisterte Aufnahme. Beethoven's 9. Sinfonie unter Mitwirkung des Berliner Volkstheaters und verschiedener Solisten übte zum Schluß eine gewaltige Wirkung aus.

Meldungen aus München zufolge wurde dort bereits am Samstag von den republikanischen Verbänden und Vereinen ein Festzug veranstaltet, der sich durch die von der Polizei freigegebenen Straßen bewegte. Arbeiterschaft und Handwerker hielten im Verein mit der Kunstlergesellschaft den Festzug geschaffen. Ein Volksfest im Grünen mit Musik und Tanz schloß sich am Sonntag an. Der Tag verlief ohne irgendwelche Zwischenfälle. In Nürnberg fand am Sonntag im Luisenpark die Verfassungsfeier statt, wobei Reichstagsabgeordneter Bergsträcker die Festrede hielt und mit einem Hoch auf die freie, soziale, großdeutsche Republik schloß.

Verfassungsfeiern in Österreich und der Schweiz

Die Feier der Weimarer Verfassung wurde durch die Wiener Deutsche Kolonie begangen durch einen Empfang in der Deutschen Gesandtschaft, an dem auch Vertreter des Österreichischen Bundespräsidenten und der Österreichischen Regierung teilnahmen. In seiner Ansprache gab der deutsche Gesandte der Hoffnung Ausdruck, daß einmal der Tag kommen werde, an dem alle Teile des deutschen Volkes in einem großen Vaterland vereint seien.

Der Deutsche Verein in Genf hielt am Dienstag abend seine Verfassungsfeier ab. In der Festversammlung begrüßte der Vorsitzende insbesondere die zahlreich erschienenen Studenten, welche den Sommerkursen der Universität beiwohnen. Gensler vom Internationalen Arbeitsamt betonte den republikanischen Charakter dieser Feier, Stephens die Notwendigkeit des Zusammenstehens aller Deutschen besonders im Ausland. Ein Vertreter der deutschen Studenten dankte dem Deutschen Verein für die an die deutschen Studenten ergangene Einladung und für die herliche Aufnahme der deutschen Studenten in Genf durch ihre deutschen Mitbürger.

Schutzhaft für Kubeführer. Der Berliner Polizeipräsident hat mit sofortiger Wirkung angeordnet, daß alle Personen, die Strafempfehlungen befristigen, die Schutzpolizei durch Zurufe beleidigen oder sie in der Ausübung ihres Amtes stören und den polizeilichen Anordnungen nicht unbedingte Folge leisten, ohne weitere Formalitäten in Sammeltransporten nach dem Polizeipräsidium am Alexanderplatz zu befördern, um dort bis mindestens zum nächsten Morgen in Schutzhaft zu behalten sind.

Der Arbeitskampf in der sächsischen Textilindustrie. Die Verhandlungen zur Beilegung des Lohnkampfes in der sächsischen Textilindustrie sind ergebnislos verlaufen, so daß die Stilllegung der gesamten sächsischen Textilindustrie mit etwa 200 000 Arbeitern zu befürchten ist.

Politische Neuigkeiten

Die Grenze der Mietsteigerung

Aus Bausatzungen wird der „Bayerischen Staatszeitung“ geschrieben:

Für den Meinungsstreit über die Höhe der gesetzlichen Miete und die Aufhebung der Zwangswirtschaft wird man so leicht keine einheitliche Formel finden. Immerhin werden die nachfolgenden Überlegungen zeigen, daß die Mietfestsetzung Grenzen hat, die nicht allein vom Willen der Volksvertretung und der Regierung abhängen. Zwei Erkenntnisse sind es, die unabhängig davon, ob sie bequem oder unbequem sind, ab sie in ein politisches oder wirtschaftliches Programm passen oder nicht, hier erörtert werden müssen.

Deutschland ist ein Industrieland; seine Industrien muß es in der Hauptsache ernähren und seine Ausfuhr von den Kriegslasten freimachen. Die Mieten in Deutschland können daher nicht höher liegen, als sie in demjenigen Auslande stehen, mit dem Deutschland im Außenhandel-Wettbewerb steht. England läßt eine Steigerung von 140 Prozent der Postkriegsmiete zu, Schweden 150 Prozent, Dänemark 135 Prozent, Holland 150 Prozent, die Schweiz ebenfalls etwa 150 Prozent. Das bedeutet, daß die gesetzliche Miete für abschließbare Zeit keinesfalls das 1½fache der Friedensmiete übersteigen darf, soll nicht unsere Wettbewerbsfähigkeit auf dem Auslandsmarkt lahmgelegt und den dann billigeren Auslandswaren der Zutritt nach Deutschland ermöglicht werden.

Die Erhöhung der gesetzlichen Miete ist, wie man feststellen muß, eines der Mittel zur Milderung der Wohnungsnot „von innen herans“. Nach dem Kriege wohnt der Mieter im Durchschnitt weiträumiger als vorher. Das wird im allgemeinen durch die Berichte der preussischen Wohnungsinspektoren belegt. Ferner liegen die Zahlen für eine ganze Reihe von Städten vor. Bekannt ist die Zahl der Belegung einer Wohnung in Berlin, die 1900 4,06 betrug und 1923 auf 3,43 sank. Für Dresden gibt der sächsische Wohnungspolitiker Hoppe für 1910 3,95, für 1922 3,59 Bewohner einer Wohnung an. Nach neueren Feststellungen des deutschen Städteverbandes ist in 90 v. H. der Städte die Belegungsdichte geringer als vor dem Kriege. Auch dieses Ergebnis der Betrachtung mag unbequem sein, denn von Wohnungsluxus in den Vierfamilienhäusern konnte man früher kaum reden. Zugunstmögen (mit mehr als sieben Zimmern) machten in Berlin nur 0,86 v. H., in München 2,35 und in einer so bevorzugten Stadt wie Dresden 4,5 v. H. aus. Höhere Mieten fördern jedenfalls ein Zusammenrücken. Besonders eingetretten, wo noch Überlegungen von Wohnungen vorliegen, wird Sache der staatlichen Wohnungsfürsorge sein, die zugleich Einfluß auf die jetzt hergestellenden Neubauten zu gewinnen sucht und lange Zeit in ihrer Wirksamkeit gehemmt war.

An den beiden erpännten Erkenntnissen wird keine Neubau- und Wohnungspolitik vorübergehen können.

Reichsausstellung „Deutscher Wein“

Anläßlich der Jahrtausendfeier der Rheinlande findet vom 8. August bis 13. September 1925 in Koblenz die Reichsausstellung „Deutscher Wein“ statt, die aller Welt die hohe Bedeutung und den hohen Stand des deutschen Weinbaues vor Augen führen wird. Auch der baltische Weinbau ist an dieser Ausstellung hervorragend vertreten. Der Besuch der Ausstellung kann jedermann dringend empfohlen werden. Bei Gesellschaftsreisen von mindestens 30 Personen tritt auf der Bahn 25 Prozent Fahrtermäßigung ein. Auch die Ausstellungsgewähr gewährten Gruppen Ermäßigung der Eintrittspreise.

35. Sitzung des Völkerbundesrates. Der Völkerbundesrat wird am 2. September unter dem Vorsitz des französischen Vertreters in Paris zu seiner 35. Sitzung zusammengetreten.

Über französische Erfolge in Marokko berichtet die Havas-Agentur, daß mehrere feindliche Abteilungen Verhandlungen wegen ihrer Unterwerfung wünschen. Die Zusammenarbeit der französischen und spanischen Truppen bewährte sich glänzend. Die neue Lage habe auf die französischen Truppen den günstigsten Eindruck gemacht. Es sei möglich gewesen, verschiedene französische Abteilungen für 24 Stunden aus dem Operationsgebiet zu ziehen und ihnen Ruhe zu verschaffen.

Bücheranzeiger

Griechens Reisetagebuch, Band 97: Ostpreussische Schweiz. Ein billiger und guter Reisetagebuch durch die hollsteinische Schweiz einschl. Kiel, Lübeck, Rostock und Wismar. 9. Auflage. Mit 7 Karten. (Griechen-Verlag Albert Goldschmidt, Berlin.)

ragender Qualität („Porträt eines jungen Mädchens“, „Ruhe von der Arbeit“), die uns zu den Ausgangspunkten seiner Entwicklung zurückführen, nahezu bis in die Lehrtage bei Barth. Wenn, dem feinsinnigen Maler und Schüler Corots; erst allmählich, unter schrittweisem Lösen vom Modell wird der dekorative Flächenstil angebahnt, der für Hodler charakteristisch ist. Vornehmlich diese Übergangszeit ist hier trefflich vertreten, insbesondere in zwei Bildern des Jahres 1888: „Mutter und Kind“ voranschaulichen, wie die Arbeit, die Bildfläche, oder — sagen wir jetzt noch — den Bildraum architektonisch zu gestalten, andere bisher maßgebende Ziele verdrängt; es sind scharf umrandete Figuren von einer besonderen Schwere und Härte der Oberfläche, die zum Bildrahmen in ein Verhältnis gesetzt werden wie Werke der Architekturplastik zu den Hauptelementen des Bauwerks, das sie schmücken. Kurz darauf entstehen jart empfundene, wenn auch nicht minder präzise geformte Porträtskizzen, das kleine „Selbstbildnis“, das „Mädchen mit Blume“ (Kunsthalle) und das „Bildnis Fr. W.“; man vergleiche den Kopf auf diesem so subtil gemalten Kniebild mit den späten, ganz schwarzen und auf eindrucksvolle Gesamtwirkung hin angelegten Frauenköpfen vor hellem Grund mit den dickflüssigen, bunten Konturlinien, so wird man Anfang und Ende von Hodlers reifem Stil erkennen haben. Entsprechend schreitet die Entwicklung weiter von dem 1900 gemalten „Tag“, wo Konturlinien der 5 Frauen und Kurven der abstrakten Landschaft gleichwertig zusammenwirken um die Fläche rhythmisch zu beleben, sie zum Ringen zu bringen, zu der 11 Jahre jüngeren „Heiligen Stunde“. Es kann eine Zeit kommen, und sie ist vielleicht gar nicht fern, wo man sich dem Pathos Hodlerscher Figurenkompositionen vorübergehend verzieht — man wird dann auch von einem „Fall Hodler“ reden — aber die Frühwerke mit ihren literarischen Werten und die düstigen, wenn auch scharf umrissenen und oft kristallharten späten Alpenlandschaften, die hier in ausgezeichneten und unter sich sehr verschiedenartigen Beispielen gezeigt werden, bleiben davon unberührt.

Einem anderen Vertreter der Schweizer dekorativen Malerei begegnen wir in Max Buri (+ 1915), einem Schüler Albert von Kellers und des früher erwähnten Schider, der aber entscheidende Anregungen von Hodler empfangen hat. So gut sich die Werke großen Formats der beiden in der Eingangshalle vertragen, so verschieden sind sie bei genauerem Zusehen.

Buri liebt das ländliche Genre; er sucht seine Vorbilder unter den Querschnitten seiner engeren Heimat, ganz im Gegensatz zu den stilisierten Idealgestalten aus Döblers Kompositionen. Ungebrochene Farben, vor allem blau und braun und das weiß des Grundes bestimmen den koloristischen Charakter der Bilder, die durch festen Aufbau und die scharfen Linien in hellen Tönen trefflich modellierten Figuren eine gewisse Größe erlangen. In dem 1905 gemalten Bild „Nach dem Begräbnis“ lernen wir eine Vorstufe kennen, die den Künstler in engerer Abhängigkeit vom Modell zeigt.

Etwas jünger ist ein anderer Bauernmaler, der bei wesentlich differenzierterem Kolorit starke und mitunter ganz eigenartige Töne anschlägt: Eouard Bollet, ein Wälsler (geb. 1876). Das Selbstbildnis des Sellaugers mit dem urwüchsigen Schädel gibt die Erklärung für die Kraft, die aus dem festgebauten „Hügel“ oder der „Wälsler Bäuerin“ — mit dem wunderbar gemalten Arme! — spricht. Bei anderen Bildern überwiegt das Genremäßige, Novellistische, aber ein Genre von der ernsthaften, fast schwermütigen Art, wie wir es von dem Bündner Segantini kennen.

Weltmännischer, vielseitiger und wandelbarer ist Guno Amiet, neben Döbler wohl der Bekannteste unter den zu dekorativer Gestaltung befähigten Künstlern der älteren Generation. Urprünglich ein Schüler Buchsers, empfangt er entscheidende Anregungen während eines Aufenthaltes in der Bretagne (1893), von Gauguin und anderen Mitgliedern des dortigen Kreises. Das hellionige Bild „Bretonische Wäscherinnen“ mit den feinsinnigen, eigentümlich besetzten Bäumen entstammt jener Zeit, ebenso der „Kranke Knabe“, der mancherlei Einflüsse widerspiegelt. Gut vertreten ist dann wieder die jüngste Periode des fruchtbarsten Künstlers mit dem „Jungbrunnen“, dessen 3 Teile die Loggia des Züricher Kunsthauses schmücken und zwei breit und passiv gemalten, raumtiefen Landschaften („Wangen“ und „Oschwand“), die die zahlreichen kleinen Studien der letzten Jahre erheblich überragen.

Gern möchte man von einer besonderen Begabung der Schweizer zur Wandmalerei, zur dekorativen Kunst großen Stils sprechen, wenn man die Reihe der Künstler überflieht, die auf Hodler und seine Zeitgenossen folgend nach dieser Seite hin ihr Stillsches geboten haben. Angeföhre gleichartig in einigen ihrer Ziele verbunden sind Heinrich Altherr und der frühverstorbene Hans Brühlmann (1911), beide durch ihre Wirken auf deutschem Boden hier keine Fremden. Während Altherr — wohl mit Rücksicht auf die zahlreichen Bilder in

Verfassungsfeiern in Baden

In Mannheim hatten die Stadt und die Vertreter der staatlichen Behörden die Einwohnerschaft zu einer schlichten Feier in den festlich geschmückten Rabelungsaal geladen. Tausende folgten dem Rufe, den weiten Saal bis auf den letzten Platz füllend. Eine starke Abteilung der blauen Polizei in Uniform verteilte sich in der Mitte des Saales und eine Reizgruppe des Reichsbanners nahm als Vertretung des Gesamtreichsbanners Mannheim teil.

Die Feier begann mit einem Präludium von Friedrich Kluge für Orchester und Bläserchor, daroboten von Kirchenmusikdirektor Landmann und Mitgliedern der Kapelle Weber. Es folgte ein Liederortrag von Kammerfänger Fenten. Dem Anschließenden von Schubert und dann Festredner, Schriftleiter Dr. Lorenz Petersen, politisch dem Zentrum zugehörig, die Rednertribüne zu einer halbständigen Ansprache, die ein freudiges Bekenntnis zur deutschen Republik und zum deutschen Vaterland auslang. Zum Schluß sang Kammerfänger Fenten die „Allmacht“ von Schubert und die Tausenden stimmten hierauf das Deutschland-Lied an. Die Straßen zeigten reichen Flaggenputz.

In Heidelberg fand Dienstag mittag auf dem Marktplatz die vom Heidelberger Oberbürgermeister und vom Landrat einberufene Verfassungsfeier statt, an der sich eine große Menschenmenge beteiligte. Die Feier wurde eingeleitet durch den Vortrag von Leobovens Choral „Die Himmel rühmen den Ewiggen Ehre“. Dann sangen der Arbeiterfängerverband und der Heidelberger Sängerverband. Oberbürgermeister Professor Dr. Wolf hielt eine Ansprache, in der er auf die Bedeutung der deutschen Reichsverfassung für Deutschlands einheitliches Fortbestehen hinwies. Redner schloß mit einem Hoch auf das deutsche Volk und Land, in das alle begeistert einstimmten. Hierauf wurde das Deutschland-Lied gesungen.

Die Gloden klangten am Schluß und vom Heiligenberg-Abhang her trachten Böllerschüsse. Das Reichsbanner begab sich zum Friedhof, wo nach einer Ansprache ein Kranz am Grabe des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert niedergelegt wurde.

In Freiburg i. Br. waren in großer Zahl die Bürgerschaft und die Spitzen der kommunalen und staatlichen Behörden der Einladung des Stadtrats zu einer öffentlichen Feier gefolgt. Orchester und Arbeiterfängertruppe trugen durch wohlgeleitete Darbietungen zu einem eindrucksvollen Verlauf der Veranstaltung bei. Die Festrede hielt der badische Staatspräsident Dr. Sellpach, der sich in ähnlichen Gedankengängen wie in seiner Karlsruhe-Rede bewegte. Dr. Sellpach schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf das deutsche Vaterland. Mit dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes und musikalischen Vorträgen nahm die Feier ihr Ende.

In Bruchsal zeigte der starke Besuch der von der Stadt veranstalteten Feier, daß sie in der Bevölkerung der Stadt einen freudigen Widerhall fand. Die Stadtkapelle und sämtliche Gesangsvereine brachten wirksam mit, um auf der prächtigen Höhe des über der Stadt thronenden Belvedere Sinn und Wille der Sägung von Weimar der Bevölkerung nahe zu bringen. Stadtrat Krüschbach wies in seiner Ansprache darauf hin, daß unsere Verfassung nur in schweren Kämpfen sich durchsetzte, und daß wir in gemeinsamer sozialer Arbeit, zu der wir als Brüder in Liebe uns zusammenschließen müssen, sie immer von neuem wieder erkämpfen müssen.

Aus Ebingen wird uns berichtet: Der Gedentag wurde in unserer Gemeinde in schöner und würdiger Weise gefeiert. Nach dem Gottesdienst wurden den Schülern die üblichen Regeln verabschiedet, was lauten Jubel auslöste. Auf Einladung der Gemeindeverwaltung fand sich um 11 Uhr die Bürgerschaft im großen Brauereisale ein, um unter Musikvorträgen, Ansprache und Gesang der feierliche Festakt vor sich ging. Bürgermeister Reineke hob in seiner Ansprache hervor, daß es das große Verdienst der Weimarer Verfassung sei, daß sie auch in der Zeit der äußersten Gefahr das feste Gefüge des deutschen Staates und damit die Einheit des Reiches erhalten habe. Die Reichsverfassung von Weimar sei heute der Würge der deutschen Einheit. Die von starkem vaterländischen Empfinden getragenen Ausführungen des Redners schlossen mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland, das einige deutsche Reich und die deutsche Republik.

Die Schwanlandsbahn. Wie verlautet, wurde in einer Verwaltungsratsitzung des Verkehrsvereins für Freiburg und den Schwarzwald seitens der Studienkommission für die Schwanlandsbahn mitgeteilt, daß die Finanzierung des Projekts, sofern der Erbauung zugestimmt wird, gesichert sei.

Karlsruher Privatbesitz — auf der Ausstellung nur mit einem sehr bescheidenen Wandbildentwurf und 2 weiteren Skizzen vertreten ist, kommt Präludium mit Zeichnungen, Öl- und Temperastudien und 2 großformatigen Bildern ausgezeichnet zu Worte. Unter der Vorherrschafft von Vertikale und Horizontale werden Figuren und Landschaft zu rhythmisch verteilten Gruppen gefügt, starke und schwächere Akzente sind ausgewogen, schlanke Figuren mit kleinen Köpfen zeigen an, daß ein neues Ideal von menschlicher Schönheit die Herrschaft angetreten hat, dem wir seither so oft begegnet sind. Der ganze Reiz der Vereinigung und des Zusammenklagens der Konturen offenbart sich in den Zeichnungen, Studien in Öl geben über die Art seines Farbenauftrages Aufschluß.

Gegenüber der Ausgeglichenheit, der Ruhe dieser Bilder wirken Kellegrinis großfigurige Kompositionen lauter, in farbiger Hinsicht reicher und tiefer; es ist hier schon die Erregtheit des Expressionismus zu verspüren, obwohl wir es mit einer vorausgehenden, in Deutschland etwa durch Jaxel repräsentierten Stilphase zu tun haben. Fast gewollt einfach und deshalb fast muten die großen figurlichen Studien für Wandgemälde an, dagegen überraschen 2 Zeichnungen mit Kleeblättern und Blüten „Malaja“ durch die nur andeutende Leichtigkeit und Sparsamkeit des Striches und die duftige Klarheit der Komposition.

Wir schließen diesen Abschnitt über die dekorative Bildgestaltung mit dem Hinweis auf einen Künstler, der bisher bei uns ziemlich unbekannt geblieben ist, dem aus Pforzheim stammenden Welschschweizer Alexandre Blandet (geb. 1882). Ohne maßgebende Einflüsse Ezannes ist Blandets Kunst insbesondere im Dekorischen nicht zu denken, aber im Gegensatz zu dem gleichsam entmaterialisierten Gestalten des Franzosen hat Blandets Menschen etwas von ganz besonderer Erdenhaftigkeit an; und ebenso liegt eine gewisse stille Schwermut im feischen Ausdruck dieser plastisch so stark gefühlten und durchgebildeten Typen, die mit dem umgebenden Raum in warme, gabelartige Töne getaucht sind. Und wie ein großer, von schwerflüssigen Kurven durchzogenen Wandteppich wirkt das umfangreiche Gemälde des „Viehmarktes“, dessen uns so fernstehende Figuren schon der statuarischen Motive wegen unheimlich riesig erscheinen. Eine große Reihe nicht minder anziehender Brustbilder und Kniebilder und einige Altzeichnungen bestechen den Eindruck, daß wir hier einem der begabtesten Vertreter der jüngeren Generation gegenüberstehen.

Badischer Teil

Die Lachserei im Rhein

Die außerordentlich günstigen Lachsfangergebnisse im Rhein im vergangenen Winter und diesem Frühjahr haben die holländische Fischereiverwaltung bewogen, einige Deutsche Lachserei-Sachverständige zu einer Rheinreise und anschließenden Besprechung vordringlicher Lachsfischerei einzuladen. Preussischerseits nahmen an dieser Ministerialrat Dr. Seydel-Berlin und Oberfischmeister Dr. Bürger-Coblenz, von Baden Regierungsrat Dr. Koch-Karlsruhe teil. Mit einem von der holländischen Regierung zur Verfügung gestellten Motorschiff wurde das Raas- und Rheinmündungsgebiet von Rotterdam aus bis aufwärts nach Düsseldorf zur Besichtigung der holländisch-preussischen Lachserei betriebe befahren und die musterartig bewirtschaftete holländische Lachsfischerei-Gulpen bei Mastricht besichtigt. In einer anschließenden Konferenz in Bad Ems am 10. August einigten sich die holländisch-Deutschen Vertreter über die Grundlagen der weiteren Verbesserung der Lachserei und künftigen Lachsaufzucht im Rheingebiet. Auch soll durch Maßnahmen junger Lachse die Lachswanderung weiter gefördert werden, ob die im holländischen Rheingebiet ausgeführten Junglachs auch als ausgewachsene Fische am Oberrhein erscheinen. Es ist beabsichtigt, die Lachsbrutaussetzungen im Rheingebiet bis auf jährlich 10 Millionen Junglachs zu steigern und durch alljährlich wieder zu veranstaltende internationale Konferenzen die einheitliche Bewirtschaftung des Rheines zu sichern.

Zur Jahrhundertfeier der Karlsruher Technischen Hochschule

Die Karlsruher Technische Hochschule „Friedericiana“ kann im Oktober dieses Jahres die Feier des 100-jährigen Bestehens begehen. Sie wurde als Polytechnische Schule im Jahre 1825 gegründet und war die erste derartige Anstalt im Deutschen Reich und die dritte in demaligen deutschen Bunde. Rektor und Senat haben in mehreren Sitzungen nunmehr das endgültige Programm für die Jahrhundertfeier der Friedericiana festgelegt. Jubiläumsvorstand ist bekanntlich Geh. Oberbaurat Dr. Ing. Theod. Rehdorf, Direktor des Hochschullaboratoriums, einer der bekanntesten Autoritäten Deutschlands auf dem Gebiete des Wasserbaus.

Der erste Festtag (Donnerstag, den 29. Oktober) steht vor-mittags 9 Uhr eine Kranzniederlegung am Grabe des Namensherrn der Hochschule, Großherzog Friedrich I., durch Rektor und Senat vor. Um 10.50 findet sodann ein akademischer Festakt im Landestheater statt, bei dem voraussichtlich ein besonderes zur Jahrhundertfeier der Hochschule verfasstes Festspiel aufgeführt wird. Dem Festakt werden die Vertreter der Behörden und geladenen Gäste anwohnen. Nachmittags 4 1/2 Uhr vereinigt sodann ein Festessen im großen Saal der städtischen Festhalle die Teilnehmer an der Jahrhundertfeier und abends 8 1/2 Uhr ist eine Festvorstellung im Landestheater vorgesehen.

Der zweite Festtag (Freitag, 30. Oktober), wird mit der Einweihung des Gefallenen-Denkmal im Ehrenfriedhof der Hochschule eingeleitet. Mit den Arbeiten zur Errichtung des nach dem Willen von Prof. Künzer zu erstellenden Gefallenen-Denkmal ist bereits begonnen worden. Es folgt anschließend an die Weibung des Denkmal eine Besichtigung der Hochschulinstitute. Am gleichen Tag nachmittags 4 1/2 Uhr wird das von den Physikern Deutschlands gestiftete Heinrich Herz-Denkmal am physikalischen Institut entrollt und damit dem berühmten Physiker ein bleibendes Ehrenmal gesetzt.

Ein Bild der Tätigkeit auf dem Gebiete der Leibesübungen an der Karlsruher Hochschule dürfte die Einweihung der geplanten Anlagen für Leibesübung geben, die am Freitag, den 30. Oktober nachmittags 4 Uhr in Aussicht genommen ist. Am Abend des zweiten Festtages wird sich ein Fackelaug der gesamten Studentenschaft durch die Straßen der Stadt nach dem Stadtgarten bewegen. In der Festhalle veranstaltet die Studentenschaft sodann ein Festmahl.

Am Samstag, den 31. Oktober, begeben sich die Teilnehmer an der Jahrhundertfeier zur Besichtigung des Kurwertes nach Forbach und anschließend zu einem Besuche in der Wälderstadt Baden-Baden, womit die Jubiläumsvorstellungen ihr Ende finden.

Gehemrat Prof. Dr. Kraber wird mit der Herausgabe einer Festschrift zur Jahrhundertfeier beauftragt. Zu der Feier sind Einladungen an sämtliche Hochschulen und Universitäten Deutschlands, sowie an die größeren ausländischen Universitäten und Hochschulen, u. a. auch in Amerika, Australien, England und Italien ergangen. Man rechnet mit etwa 1000 Festgästen, die sich zur Jahrhundertfeier in der badischen Landeshauptstadt einfinden werden.

Lehrkurs für Knabenturnen

In der Zeit vom 5. bis 24. Oktober 1925 findet an der Landesturnanstalt in Karlsruhe ein Lehrkurs für Knabenturnen für Lehrer aller Schulstufen statt, zu denen die Anmeldung beim Unterrichtsministerium erfolgt. Die zugewiesenen Teilnehmer erhalten Vergütung der Hin- und Rückfahrt, sowie auf Wunsch freie Unterkunft im Lehrseminar I in Karlsruhe.

Ausbau der Angestelltenversicherung

Das neue Reichsgesetz vom 28. Juli 1925 über Ausbau der Angestelltenversicherung usw. bringt u. a. folgende wichtige Änderungen in der Angestelltenversicherung. Mit dem 1. Juli 1925 treten folgende Erhöhungen in Kraft:

Grundbetrag für das Ruhegeld aus der Angestelltenversicherung von jährlich 360 auf 480 M.,
Kinderzuschuß von jährlich 36 M. auf 90 M.,
Jährlicher Steigerungssatz aus den für die Zeit seit dem 1. Januar 1924 gültig entrichteten Beiträgen von 10 vom Hundert auf 15 vom Hundert.

Ruhegeld und Hinterbliebenenrenten erfahren damit eine Erhöhung um durchschnittlich ein Drittel. Auch die bisherigen Rentempfangler erhalten die erhöhten Bezüge ohne Antrag im August ds. Js. nachgezahlt. Bis zum Schluß des Jahres 1928 genügt zur Erfüllung der Wartezeit bei den Hinterbliebenenrenten die Zurücklegung von 60 Beitragsmonaten auf Grund der Versicherungspflicht. Zur Dedung der erhöhten Leistungen war eine mögliche Erhöhung der Beiträge nicht zu ungehen.

Die neuen Beiträge treten mit Wirkung vom 1. September 1925 in Kraft. Es ist zwecklos, Marken der alten Werte auf Vorrat zu kaufen; für die Zeit vom 1. September 1925 ab dürfen nur noch die neuen Marken verwendet werden. Andererseits tut ein säumiger Arbeitgeber gut daran, die rückständigen Beiträge sofort zu entrichten. Nach dem 10. September 1925 sind auch für rückliegende Zeiten die neuen Marken zu

verwenden. Vom 1. Juli 1925 an ist bei Versicherten, deren monatlicher Entgelt 50 Reichsmark nicht übersteigt, sowie bei Lehrlingen ein Abzug der Beiträge unzulässig. Der Arbeitgeber hat jetzt für diese Versicherten die vollen Beiträge allein zu entrichten. Für Selbstversicherte sind vom 1. Juli 1925 an Beiträge in der Gehaltsklasse zu zahlen, die dem halben Arbeitsverdienst entspricht.

Der badische Saatensand

Nach der Veröffentlichung des Statistischen Reichsamtes über den Saatensand des Deutschen Reiches anfangs August 1925 war der Landesdurchschnitt in Baden folgender: Nr. 1 gleich sehr gut, 2 gleich gut, 3 gleich mittel (durchschnittlich), 4 gleich gering, 5 gleich sehr gering. Winterweizen 2,2 (Reichsdurchschnitt 2,6), Sommerweizen 2,7 (3,1), Winterroggen 2,2 (2,4), Wintergerste 2,2 (2,5), Sommergerste 2,4 (2,8), Hafer 2,8 (3,1), Kartoffeln 2,2 (2,8), Zuckerrüben 2,4 (2,9), Futterrüben 2,5 (2,8), Acker 3,1 (3,1), Luzerne 2,9 (3,0), Bewässerungswiesen 2,7 (2,6), andere Wiesen 3,2 (3,2). In Baden ist also der Saatensand etwas besser als der Reichsdurchschnittsstand.

Zur Lage im Baugewerbe

Dr. Freiburg, 12. Aug. Von unterrichteter Seite erfahren wir: Die am 10. ds. Mts. im Reichsarbeitsministerium stattgefundenen Verhandlungen der Vertreter der beiderseitigen Zweigorganisationen des Baugewerbes haben nach mehrwöchiger Dauer zur Einigung geführt, wonach am 12. und 13. August ein Schiedsgericht im Reichsarbeitsministerium zusammentritt, welches für die in Betracht kommenden Tarifgebiete in der Lohnfrage einen Schiedsspruch fällen soll. Am Mittwoch wird für die Bezirke Provinz Sachsen nebst Anhalt und Magdeburg, Freistaat Sachsen und Mecklenburg, am Donnerstag für Groß-Berlin, Baden einfall. Mannheim, Ludwigshafen verhandelt. Das Schiedsgericht wird für diese Gebiete einen gesamten Schiedsspruch fällen, der nur im Ganzen angenommen oder abgelehnt werden kann. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 18. August. Bis zu diesem Termin werden die von der Arbeitgeberseite angebotenen Kampfmaßnahmen, die in der Gesamtaussparung der Bauarbeiter in ganz Deutschland bestehen, zurückgestellt. Im Falle der Annahme des Schiedsspruches sollen dann sofort die Verhandlungen über die streitigen Manteltarife für die erwähnten Bezirke aufgenommen werden.

Verhärfung der Lage in der Sammelwarenindustrie

Dr. Pforzheim, 12. Aug. Der hiesige Arbeitgeberverband erklärt heute in den Zeitungen eine Aufforderung an die Metallarbeiterverbände, in der es heißt, daß der Arbeitgeberverband seine in Berlin vor dem Reichsarbeitsministerium eingegangenen Vergleichsverpflichtungen zur Beilegung des Streiks loyal erfüllt habe, daß aber jetzt die Gewerkschaften vertragsbrüchig geworden seien, indem für einen Teil der Arbeiter eine neue Lohnforderung von 20 Prozent gestellt werde. Die Gewerkschaften werden aufgefordert, dieses vertragsbrüchige Verhalten aufzugeben und sofortige Wiederaufnahme der Arbeit in allen Fabriken anzuordnen. Falls bis Donnerstag die Arbeit nicht wieder aufgenommen sei, werde die Aussparung der gesamten Arbeiterchaft noch am gleichen Tage beschlossen werden. An das Reichsarbeitsministerium ist ein entsprechendes Telegramm abgegangen. Ebenso erklärt der Arbeitgeberverband eine Erklärung über die Lage an die gesamte Einwohnerschaft.

Dr. Pforzheim, 13. August. Trotz der Warnung des Arbeitgeberverbandes, die gesamte Arbeiterschaft auszusperren, wenn bis heute, Donnerstag, die Arbeit nicht in allen Betrieben gemäß der Berliner Abmachungen wieder aufgenommen worden ist, freilich heute die gesamte Belegschaft der Juwelen-Branchen, also ein großer Teil der Arbeiterschaft. Infolgedessen haben sich soeben die Arbeitgeber versammelt, um über die wahrscheinliche Aussparung zu beschließen.

Zu den Landtagswahlen

Das Zentrum hat im vierten badischen Landtagswahlkreis folgende Kandidaten aufgestellt: Justizminister Trunk, Landtagspräsident Dr. Baumgartner, die bisherigen Abgeordneten Seubert und Engelhardt, Regierungsrat Eichenlaub-Karlsruhe, Rechtsanwalt Dr. Kehler-Adern, Landgerichtsdirektor Egger-Offenburg, Prof. Herr-Baden-Baden, Bürgermeister Hils-Kappel a. N. — Auf ihren Wunsch werden nicht mehr kandidieren: Landgerichtsrat Rieger-Seibelberg, Geistl. Rat Häfel-Wühl und Ziegelmaier-Oberkirch, der an die Spitze der Konstanzer Krankenkasse berufen wurde.

In einer Versammlung der Bezirksdelegierten der Zentrumspartei wurden für die Landtagswahlen im 6. badischen Wahlkreis folgende Kandidaten aufgestellt: 1. Metallarbeiter Eberhardt-Mannheim, 2. Oberlehrerin Nigel-Mannheim (beide gehören dem jetzigen Landtag an), 3. Landwirt Kraus-Heddesheim, 4. Schriftsteller Dr. Petrius-Mannheim, 5. Kaufmann Strathaus-Schweigen, 6. Bäckermeister Jbald-Mannheim, 7. Metallarbeiter Gremm-Neckarau, 8. Stadtrat Reichstein-Mannheim, 9. Stadtrat Gulden-Mannheim, 10. Arbeiter Gaa-Planstadt.

Die sozialdemokratische Partei hat im 5. badischen Landtagswahlkreis Pforzheim-Karlsruhe folgende Kandidaten aufgestellt: 1. Marum-Karlsruhe, 2. Graf-Pforzheim, 3. Frau Fischer-Karlsruhe, 4. Kurz-Gröningen, 5. Trinks-Karlsruhe, 6. Reimuth-Karlsruhe, 7. Störner-Etlingen, 8. Pfalzgraf-Durlach, 9. Spengler-Pforzheim, 10. Meerapfel-Untergrombach, 11. Frau Trautwein-Pforzheim, 12. Rees-Karlsruhe, 13. Fries-Hagsfeld, 14. Frau Etzeler-Durlach, 15. Häfel-Karlsruhe, 16. Schäfer-Wilferdingen, 17. Gunk-Etlingen.

Gemeinde-Rundschau

Die Bautätigkeit in Mannheim. Laut Mitteilung des städt. Nachrichtenamts wurden nach den Erhebungen der Ortsbaukontrolle anlässlich der Rohbaurevisionen im Monat Juli 1925 zum Teil durch Neubauten, zum Teil durch Umbauten 21 Wohnungen neu geschaffen; darunter sind 17 Wohnungen mit 1 bis 3 Zimmern und 4 Wohnungen mit 4 und mehr Zimmern. Die Zahl der Neubauten belief sich auf 16 (davon 11 Kleinhäuser mit 1-2 Wohngeschoßen), die der Umbauten auf 5.

Der Bürgermeisterposten in Lenzkirch. Die jetzt vereinigten Gemeinden Lenzkirch und Unterlenzkirch haben die Stelle des Bürgermeisters ausgeschrieben. Von den 16 Partein, die sich gemeldet haben, kommen 6 in engere Wahl.

Der Bürgerausschuß Gaggenau hat folgendes beschlossen: Um den Neubau von 200 Wohnungen in den Jahren 1925, 1926 und 1927 ausführen zu können, werden zur Aufbringung von 60 Prozent der Baukosten 1,5 Millionen auf die Dauer von 10 Jahren zu 9 Prozent aufgenommen. Ferner sollen 50 Zweizimmerwohnungen mit einem Aufwand von 350 000 Mark erstellt werden. Zur Aufbringung von 20 Prozent der Baukosten einschließlich der notwendigen Straßenbaukosten sollen 100 000 Mark zum Auszahlungsfuß von 95 Prozent und einer Verzinsung von 8 Prozent gegen hypothetische Sicherheit aufgenommen werden.

